

Was kann Solidarity City in Deutschland bedeuten?

Wenn wir uns mit der Frage beschäftigen, in was für einer Gesellschaft wir leben möchten, kann das Konzept der *Solidarity City* darauf eine mögliche Antwort bedeuten. Eine *Solidarity City* ist eine Stadt mit dem Anspruch, dass sich alle frei bewegen können und alle die gleichen Rechte haben. Herrschaftsstrukturen und Diskriminierungen sollen aufgedeckt, hinterfragt und aufgebrochen werden. Diese Ideale von einer diskriminierungs- und herrschaftsfreien Gesellschaft oder Stadt, in der das Zusammenleben auf Solidarität basiert, hören sich zunächst utopisch an, sollen aber in „Realotopia“ aka. Deutschland so weit wie möglich umgesetzt werden.

Dabei stellen hiesige existierende gesellschaftliche Normalzustände wie z.B. der penible Umgang mit vermeintlichen Gegebenheiten (Gesetze, Vorschriften, Gehorsam etc.) Hürden in der Umsetzung dar, die sich nicht im Ganzen ändern lassen. Trotzdem kann das Konzept einer *Solidarity City* (in so viel Bereichen wie möglich) auch im Hier und Jetzt realisiert werden. Dafür sind viele Diskussionen und Auseinandersetzungen notwendig, um zumindest einen Minimalkonsens zu finden. Außerdem ist es wichtig, sich in die rechtlichen Möglichkeiten und Handlungsspielräume von Kommunen und Städten einzuarbeiten. Und in diesem gesellschaftlichen Aushandlungsprozess wird es vermutlich auch einige Kompromisse geben.

Die folgenden Überlegungen sind ohne Kenntnis der spezifischen Gesetzeslage entstanden und deshalb grundlegend und allgemein gehalten. Das größte Hindernis für illegalisierte Menschen in Deutschland, am öffentlichen Leben in einer Stadt teilzunehmen, besteht in dem ständig präsenten Risiko, bei der Preisgabe der eigenen (Nicht-)Identität bzw. des fehlenden Aufenthaltstitels den Behörden gemeldet und dann abgeschoben zu werden. Das kann bei einem Krankenhausaufenthalt genauso passieren wie bei einer rassistisch motivierten Personenkontrolle im Bus. Der Minimalkonsens, an dem wir uns orientieren und für den wir kämpfen heißt: **DON'T ASK - DON'T TELL**. Das bedeutet: Kein Mensch fragt nach dem Aufenthaltsstatus und kein Mensch petzt diesen Status. Eine Praxis, auf die sich Bürger*innen, Verwaltung und Politik einigen sollen. Wie es vor einigen Jahrhunderten noch Normalzustand war, soll sich das Recht, in einer Stadt zu leben in einer *Solidarity City* damit begründen, sich eben in der Stadt aufzuhalten, in der gelebt werden will. Ganz gleich wie lange schon, ganz gleich, woher gekommen.

Das heißt konkreter, dass keine Identitäts- und Statuskontrollen durchgeführt werden sollen, wo sie nicht unbedingt nötig sind (z.B. Personenkontrollen im Nahverkehr vs. Straftaten). Außerdem sollten persönliche Daten der Stadtbewohner*innen nicht über die Stadt/Kommune hinaus an staatliche Behörden weitergegeben werden, beispielsweise nicht ans BAMF (Bundes-

Zu den einzelnen Bereichen sind jeweils Akteur*innen nach ihren Rollen eingeteilt. Das sind Beispiele und in jeder Stadt lassen sich spezifischere Akteur*innen ausmachen – eine Auflistung ist ein guter Ausgangspunkt, um eine Strategie zu entwickeln.

Kulturelle Teilhabe:

- a Kulturelle Träger*innen, wie Kultur- und Sportvereine, Theater, Kino, Fitnesszentren...
- c Gibt es so etwas, wie eine Ermäßigungskarte für sozial Benachteiligte? Wer hat die organisiert?

Bildung:

- a Unis und Hochschulen, berufsbildende und allgemeinbildende Schulen, KiTas, VHS. Hier gibt es wiederum verschiedene Zugänge: Über z.B. AStA und Unipräsidium, Schüler*innenvertretung und Direktion,...
- b kommunale Schüler*innenvertretungen, GEW,...
- c Es lohnt sich, zu recherchieren, was es an Positionierungen und Thematisierungen an den einzelnen Einrichtungen gibt: Haben sich Institute, Projektstage, AGs die sich mit Problematiken von Flucht und Illegalisierung beschäftigt? Auch sie könnten gute Ansprechpartner*innen sein.

Mobilität:

- a Die Verbände des öffentlichen Nahverkehrs
- c Initiativen vor Ort für solidarischen und sozialen Transport, wie zum Beispiel solche zum „SozialTicket“. Zudem sollten selbstorganisierte oder soziale Fahrradwerkstätten mitgedacht werden,...

Medizinische Versorgung:

- a Krankenhäuser, Geburtshäuser, einzelne Praxen
- c Gibt es Medi-Büros bei euch in der Stadt oder ist der anonyme Krankeschein schon irgendwo Thema? Ansonsten: Hausärzt*innen, Krankenhäuser,...

Industrie und Handel

Polizei

Ausländerbehörde

Und dann kommt noch die überregionale Vernetzung mit dazu. In welchen anderen Städten wird sich gerade mit *Solidarity Cities* beschäftigt? Was können wir voneinander lernen, wo zusammenarbeiten? Gerade im Moment vernetzen sich viele verschiedene Initiativen aus unterschiedlichen Orten und bilden so eine gemeinsame Plattform. Aus dieser kann sich eine überregionale Kampagne entwickeln, die in den einzelnen Städten als Referenzpunkt dient. Es gibt auch schon einen deutschlandweiten E-Mail-Verteiler: **solidarity-city@lists.riseup.net!**

Wer kann zu den Verbündeten gehören?

Dem Gedanken der Graswurzelbewegung folgend sind zunächst die Berührungspunkte zwischen Einzelpersonen, die direkt oder über Freund*innen, Bekannte oder Familie (sekundär) betroffen sind, die Entzündungsfunken einer sozialen Bewegung. Als nächstes können die sozialen Umfeldler und Freundeskreise der einzelnen involvierten Personen angesprochen werden, damit die auch angesteckt werden und mitbrennen können und die Idee eine breitere gesellschaftliche Basis erreicht.

Eine wichtige Rolle kommt den illegalisierte Communities zu, mit denen während des gesamten Prozesses zusammenzuarbeiten und rückzukoppeln ist. Dabei sind auch potentiell illegalisierte Menschen mit einzubeziehen, die durch bevorstehende Asylrechtsverschärfungen von Abschiebung bedroht sind. Zum Beispiel solche mit subsidiärem Schutz und mit „sicherem“ Herkunftsland. Insbesondere durch das höhere Risiko für Menschen ohne Papiere, wenn sie öffentlich in Erscheinung treten, kann es sinnvoll sein, Kritiken und Interessen von betroffenen Personen stellvertretend als Bündnis zu formulieren. Das Machtverhältnis zwischen den unterschiedlichen Positionen in der Gesellschaft gilt es kritisch zu reflektieren. Dann können die Willkommensinitiativen, die sich im Sommer der Migration 2015 neu gebildet haben oder schon länger bestehen, angesprochen werden; sogenannte Sekundär-Betroffene wie z.B. ehrenamtliche Unterstützer*innen, Lehrer*innen und andere Personen aus dem sozialen Umfeld der Betroffenen, die in dieser Zeit viel mit Geflüchteten zu tun hatten und noch haben. Dazu zählen auch solidarische Gruppen, Initiativen und Vereine, die sich vor Ort für die Rechte von Geflüchteten einsetzen. Weiterhin sollten kirchliche Institutionen und Kirchengemeinden mitgedacht werden. Als erstes diese, die dem Thema Kirchenasyl positiv gegenüberstehen oder sogar selbst schon einmal Kirchenasyl gewährt haben. Eine weitere Strategie ist, Kontakt zu prominenten bzw. beliebten Einzelpersonen aufzunehmen, die sich in der Vergangenheit solidarisch oder interessiert gezeigt haben. Wenn „die dann auch noch was zu sagen haben“, kann es sehr wertvoll sein, sie auf unserer Seite zu haben.

Nun ist es wichtig, sich vor Augen zu führen, welche Bereiche eigentlich eine Solidarity City ausmachen und welche Rollen es in diesen gibt. Da sind

- a einzelne Institutionen
- b Netzwerke zwischen diesen und vielleicht
- c einzelne Gruppierungen, die für Solidarisierung und Sozialisierung im jeweiligen Bereich kämpfen. Letztere sind vielleicht die einfachsten Einstiegspunkte, weil ihre Ziele sich im Konzept Solidarity City wiederfinden.

amt für Migration und Flüchtlinge). So können sich alle Menschen in der Stadt bewegen, ohne ständig Angst vor polizeilicher Kontrolle zu haben, die gegebenenfalls eine Verhaftung und Abschiebung bedeuten könnte.

Außerdem bezieht sich das Konzept nicht lediglich auf undokumentierte Menschen, sondern soll das Stadtleben allen Menschen öffnen und zugänglich machen. Dazu zählen alle gesellschaftlichen Sektoren: Grundrechte, Bildung, Mobilität, Wohnung und medizinische Versorgung, die unabhängig vom sozialen, als auch vom Aufenthaltsstatus verfügbar sein sollen. Weiterhin sind Arbeit und kulturelle Teilhabe wichtige Aspekte, damit das „In-einer-Stadt-leben“ nicht auf das bloße „In-einer-Stadt-existieren“ reduziert wird und folglich allen Stadtbewohner*innen gleichermaßen die Wege zur individuellen Entfaltung ermöglicht werden.

Es soll eine Mitbestimmung und Mitgestaltung in all den genannten Sektoren schaffen, die für diejenigen, die einen sicheren Aufenthaltsstatus durch z.B. den deutschen Pass besitzen, mehr aktive Partizipation am gesellschaftlichen Zusammenleben bedeuten kann und für diejenigen ohne sicheren Aufenthaltsstatus den Schutz vor Abschiebung und gleichzeitig den Zugang zu Grundbedürfnissen wie Wohnraum oder medizinische Versorgung überhaupt erst möglich machen.

Ein Instrument, das eine Solidarity City nutzen könnte, ist die **Municipality-ID** oder City-ID, wie sie beispielsweise 2014 in New York City eingeführt wurde. Sie ähnelt in ihrer Funktion einem Personalausweis, nur eben auf Stadtebene und wird ausnahmslos und statusunabhängig an alle Menschen verteilt, die in der Stadt wohnen. Bei vielen Dingen ersetzt sie den Personalausweis, z.B., wenn ein Bankkonto eröffnet, Arbeit gesucht oder eine Wohnung gemietet werden soll. Darüber hinaus muss in einem City-ID keine Geschlechtsangabe gemacht werden, was insbesondere der LGBTI*(Homo-, Bi-, Trans-, Intersexuelle Personen)- Bewegung zu Gute kommt, da sich jede*r auswählen kann, mit welchem Geschlecht oder ob überhaupt er*sie sich identifizieren kann und möchte.

Was gibt es schon?

Als Reaktion auf die Verschärfung von Einwanderungsgesetzen entbrannten 2006 Protestbewegungen, von denen sich viele in lokale **Sanctuary City-Initiativen** umwandelten. In Kanada und den USA haben sich bereits mehr als 300 Städte und Gemeinden zu Sanctuary Cities erklärt. Ein wichtiger Unterschied zur Situation in Deutschland ist, dass die Städte in den USA viel autonomer sind, beispielsweise hat jede Stadt eine eigene Polizei. Dennoch gibt es auch hier einen großen städtischen Spielraum, der von lokalen Initiativen benannt und gestaltet werden kann. Außerdem sind Illegalisierte in den USA sichtbarer und ökonomisch wichtiger.

Auch in Großbritannien gibt es bereits einige Sanctuary Cities. Im Rest Europas kommt die Idee in vereinzelt Städten auf. So hat Barcelona sich zur freiwilligen Aufnahme von Geflüchteten verpflichtet und eine Form der Municipality ID eingeführt. In Frankreich und der Schweiz gab es Bewegungen, die Kirchenbesetzungen durchführten und Gewerkschaften für Sans-Papiers (Menschen ohne Papiere) gründeten und in Wien arbeitet ein ‚Stadt für alle‘-Bündnis am Konzept einer solidarischen Stadt. In Deutschland haben sich in den letzten Monaten lokale Initiativen in Frankfurt, Hamburg, Bremen, Berlin, Freiburg, Leipzig, Hanau und Osnabrück gegründet und vernetzt. Angelehnt an das Konzept aus den USA haben viele dieser Gruppen eine **Solidarity City** zum Ziel, in der mehr Rechte und Partizipation für alle Bewohner*innen der Stadt sowohl auf einer selbstorganisierten als auch auf offizieller Ebene solidarisch erreicht werden.

Den Diskurs starten

Keine Stadt wird sich über Nacht zur Solidarity City erklären. Auch in den bereits etablierten Solidarity Cities in Kanada und den USA hat die Idee auf dem Weg vom ersten Aufkommen bis zur breiten gesellschaftlichen Unterstützung für das Projekt einen langen Prozess durchlaufen. In Deutschland ist ‚Solidarity City‘ noch nicht vielen Menschen ein Begriff, daher besteht eine grundlegende Aufgabe zunächst darin, die Samen zu säen: Die Idee zu streuen, auf das Thema und die zugrundeliegende Problematik aufmerksam zu machen, darüber zu informieren und mit Hinblick auf die dahinterliegenden Werte eine gemeinsame Vision zu entwickeln. Die Wortwahl und die Argumentation ist dabei abhängig vom Gegenüber: Ob Mitschülerin oder Stadträtin, Einzelperson oder Institution, bereits positioniert oder dem Thema völlig fremd, es gibt nicht den einen Grund, der alle überzeugt Solidarity City zu unterstützen, sondern viele unterschiedliche Gründe, die je nach Gesprächsziel, Umfeld, Strategie, politischer Überzeugung oder vorherigen Erfahrungen stark gemacht werden können. Und wie viele Diskussionen in den letzten zwei Jahren gezeigt haben, liegen viele Vorbehalte Geflüchteten gegenüber in Vorurteilen und Ängsten begründet, die einer Zustimmung zu Solidarity City im Weg liegen und die daher strategisch berücksichtigt werden müssen, um sie je nach Situation mit guten Argumenten oder anderen Narrativen zu entkräften. Auch die Perspektive von Betroffenen kann zum Beispiel durch die Veröffentlichung von Erfahrungsberichten (stellvertretend) sichtbar gemacht werden, denn eine Begegnung auf Augenhöhe und der Abbau von Hierarchien sind wichtige Ziele antirassistischer Politik.

Welche Akteur*innen können im städtischen Raum angesprochen werden?

Bei der Verbreitung der Solidarity-City-Idee müssen einige Einzelpersonen, Initiativen und Institutionen der Stadt mitbedacht, an verschiedenen Meilensteinen des Prozesses angesprochen und mit in’s Boot geholt werden. Dabei ist es am einfachsten, bei denen zu beginnen, die der Idee tendenziell am wohlgesonnensten sind und sich dann Stück für Stück bis in die oppositionellen Lager vorzukämpfen. Das Ganze funktioniert nach dem Schneeball-Prinzip: Jede neu angesprochene Person kann die Idee genauso weitertragen. So werden Kreise erreicht und Hürden überwunden, die am Anfang noch unwahrscheinlich groß erschienen.

Eine klare Reihenfolge festzulegen, ist schwierig und würde auch übergehen, dass viele Dinge parallel passieren. Somit kann es vielleicht einfacher sein, in Kategorien oder Ebenen zu denken und zu handeln. Vorschläge für solche Kategorien gibt es aus Toronto, wo der gesamte Prozess des Solidarity-City-werdens ja schon erfolgreich durchlaufen wurde:

- **Aktive Verbündete**, also solche, die schon in themennahen Bereichen engagiert sind.
- **Passive Verbündete**, von denen angenommen wird, dass sie sich schnell solidarisieren und beteiligen, die aber bis jetzt noch nicht laut geworden sind
- neutrale
- **Passive Oppositionelle**, die zwar eine ablehnende Haltung einnehmen, diese aber nicht straff nach außen tragen
- **Aktive Oppositionelle**; AfD, andere Nazis etc... Die werden nie überzeugt. Vielleicht schon. Aber sich an denen abzurackern, ist kräfteaufwendend und nicht konstruktiv. Es ist sinnvoller, sie einfach zu übertönen. Und ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, in dem ihre Stimmen keine Zustimmung finden.

Wer in welche Kategorie gehört, ist nicht so richtig klar definierbar. Das kann sich von Stadt zu Stadt unterscheiden, je nachdem wer sich wie präsentiert und in der Vergangenheit geäußert hat. Außerdem ist der Prozess ja dynamisch. Ziel der Übung ist es, sukzessive [fast] alle auf die Seite der aktiven Verbündeten zu bekommen :)